

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



«SCHUMMEL-GRIECHEN MACHEN UNSEREN EURO KAPUTT»

BILD-Zeitung, 2.3.2010

**Beliebte Irrtümer
in der Schuldenkrise**

luxemburg argumente

Zwei Jahre Euro-Krise: Im Frühjahr 2010 bewahrten die EU-Staaten und der Internationale Währungsfonds (IWF) die griechische Regierung vor der Zahlungsunfähigkeit. Nur zwei Jahre später jedoch war ein weiteres Kreditpaket für Athen nötig. Im März 2012 wurde es schließlich verabschiedet – nach heftigen Diskussionen. In Europa streiten die Regierungen darüber, ob Griechenland diese Hilfe überhaupt verdient, ob sie nötig ist und wer dafür zahlen soll. In Deutschland herrscht die Meinung vor, Griechenland sei selbst schuld an seinem Elend: Erst habe sich das Land in die Euro-Zone gemogelt, dann habe die Regierung zu viel ausgegeben und überhaupt hätten die Regierten zu wenig gearbeitet.

Genährt werden solche latent nationalistischen Deutungsmuster von deutschen Politikern und den Medien, die entsprechende «Lösungen» der Krise vorschlagen: Die Griechen müssten mehr sparen, mehr arbeiten und ihr öffentliches Eigentum verkaufen – und wenn das alles nichts hilft, muss Griechenland eben raus aus der Euro-Zone. Das Dumme daran: Weder sind die genannten Ursachen der Krise zutreffend, noch die Auswege zielführend.

Die vorliegende Broschüre will im ersten Teil gängige Urteile über Griechenland und die Krise widerlegen und zeigen, was die eigentlichen Probleme des Landes sind. Dieser Teil ist die aktualisierte Fassung der Broschüre «Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!» von 2011. Ihm folgt ein zweiter Teil zur EU-Politik und zu den von ihr eingeleiteten Maßnahmen zur vermeintlichen Lösung der Euro-Krise, der erklärt, warum der Schuldenschnitt Griechenland nicht rettet, welchen Zweck der Euro-Rettungsschirm erfüllt und wer am Ende die Rechnung für die «Euro-Rettung» zu begleichen hat.

Teil I: Griechenland und seine deutschen Freunde

Was ist die Krise? Falsche Zustandsbeschreibungen	4
1. «Griechenland hat zu hohe Schulden»	4
2. «Die Finanzmärkte fürchten einen griechischen Staatsbankrott»	5
Wo kommt die Krise her? Falsche Ursachenforschung	6
3. «Die Griechen sind faul»	6
4. «Die Griechen machen zu viel Urlaub»	6
5. «Wir zahlen den Griechen Luxusrenten»	7
6. «Die Griechen haben sich ein fettes Leben gemacht»	8
7. «Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt»	9
8. «Der griechische Staat ist viel zu aufgebläht»	10
9. «Griechenland ist nicht wettbewerbsfähig»	10
10. «Die Griechen sind korrupt»	12
11. «Griechenland hat sich mit gefälschten Bilanzen in die Währungsunion gemogelt»	13
Wie weiter? Falsche Lösungswege	
12. «Die Griechen sollten erst einmal selbst sparen, bevor wir ihnen nochmals helfen»	15
13. «Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!»	16
14. «Sollen doch die Gläubiger zahlen!»	17
15. «Schmeißt die Griechen endlich aus dem Euro»	18
Die Rolle der Deutschen: Falsche Freunde	
16. «Wir wollen Freunde der Griechen sein»	19
17. «Man sollte Freunden helfen – aber nicht für sie bürgen»	19
18. «Deutsche Steuerzahler retten Griechenland»	20
19. Ein Nachtrag: Ist Griechenland ein Opfer der Spekulanten?	21

Teil II: Die «Rettung des Euro» in drei Schritten

Erster Schritt: Isolierung des Griechenland-Problems	24
1. Eine «tragfähige Lösung für Griechenland»	24
2. Eine «angemessene Beteiligung der privaten Gläubiger»	26
Zweiter Schritt: EFSF und ESM – die Brandmauer um die Euro-Krisenstaaten	29
Dritter Schritt: Dauerhafte Stabilität durch Schuldenbremse und Lohnsenkung	31
3. Die «finanzpolitischen Maßnahmen»: Gesetze zum Sparen	31
4. Die «wirtschaftspolitischen Maßnahmen»: Gesetze zur Lohnsenkung	33
Fazit: Wen die «Euro-Rettung» rettet	36

TEIL I: GRIECHENLAND UND SEINE DEUTSCHEN FREUNDE

AKTUALISIERTE NEUAUFLAGE
DER BROSCHÜRE «VERKAUFT DOCH EURE
INSELN, IHR PLEITE-GRIECHEN!» BILD 27.10.2010
20 BELIEBTE IRRTÜMER IN DER SCHULDENKRISE
VON 11/2011

WAS IST DIE KRISE? FALSCHER ZUSTANDSBESCHREIBUNGEN

1. «GRIECHENLAND HAT ZU HOHE SCHULDEN»

Faktenlage: Bedingt durch die Finanzkrise wuchsen Griechenlands Staatsschulden zwischen 2007 und Ende 2010 von 115 Prozent der Wirtschaftsleistung auf 143 Prozent. Diese sogenannte Schuldenquote stieg 2011 über 160 Prozent. Zum Vergleich: Deutschlands Schuldenquote liegt aktuell bei etwa 83 Prozent.

Einordnung: Die hohe Schuldenquote allein begründet nicht Griechenlands Probleme. «Bei der Schuldenquote gibt es nicht die «richtige» Höhe – weder in der Theorie noch in der Praxis.»¹ Italien kam 2010 auf eine Schuldenquote von 120 Prozent, Japan sogar auf 200 Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Beide Staaten galten nicht als pleite, Griechenland aber schon. Wieso? Weil die Finanzmärkte die Kreditwürdigkeit Griechenlands – und damit seine Anleihen – schlechter bewerteten. Dies trieb die Zinsen für neue Schulden so hoch, dass Athen kein neues Geld mehr leihen konnte.² Zum Vergleich: Für zweijährige Staatsanleihen hätte Athen im Mai 2011 25 Prozent Zinsen zahlen müssen, Italien nur 3 Prozent und Japan gar nur 0,2 Prozent.³ Das Problem waren also die von den Finanzmärkten hochspekulierten Zinsen. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hatte 2010 berechnet: Fiele der durchschnittliche Zinssatz für griechische Staatsanleihen auf 3 Prozent, so könnte die Schuldenquote des Landes bis zum Jahr 2015 auf 110 Prozent der Wirtschaftsleistung gesenkt werden.⁴ Solange die Zinsen jedoch sehr hoch sind, kann Athen kein Geld mehr an den Märkten aufnehmen. Damit ist der Staat faktisch pleite und bleibt nur durch

¹ BHF-Bank Wirtschaftsdienst, 4.6.2011. ² Ein vereinfachtes Beispiel dazu, wie das funktioniert: Griechenland borgt sich über eine Anleihe eine Million Euro zu einem festen Zins von jährlich 5 Prozent (= 50.000 Euro) pro Jahr. Die Anleihe wird anschließend an der Börse gehandelt und stürzt ab. Ihr Preis fällt von einer Million Euro auf 500.000 Euro. Der Zins von 5 Prozent (= 50.000 Euro) bleibt jedoch der gleiche. Ergo hat die Anleihe für den Käufer nun eine Rendite von 10 Prozent (50.000 Euro von 500.000 Euro). Will Athen nun eine neue Anleihe begeben, orientiert sich der Zins, den die griechische Regierung zahlen muss, an der Rendite der alten Anleihe. Um sich frisches Geld zu borgen, muss Griechenland den Anlegern also einen Zins von 10 Prozent bieten. ³ Im Juli 2011 sprang die Rendite für zweijährige Anleihen Italiens plötzlich auf über 4,5 Prozent, die für zehnjährige auf über 6 Prozent – ohne dass sich an der ökonomischen Situation Italiens etwas grundlegend geändert hatte. Ein weiterer Beleg dafür, wie schnell die Spekulation ihre Richtung ändern kann. ⁴ IMK: Schuldenschnitt bringt mehr Nachteile als Vorteile, Mai 2010.

die Kredite der EU-Staaten weiterhin zahlungsfähig. Man sieht: Ob ein Land pleitegeht, ist am Ende eine politische Entscheidung.

2. «DIE FINANZMÄRKTE FÜRCHTEN EINEN GRIECHISCHEN STAATSBANKROTT»

Faktenlage: An den Finanzmärkten stürzten griechische Anleihen 2010/2011 ab. Spiegelbildlich stieg die Rendite dieser Anleihen (siehe Fußnote 2).

Einordnung: Die Finanzmärkte «fürchten» gar nichts. Sie sind kein menschliches Wesen mit Gefühlen und Ängsten. Und sie sind auch keine objektive Instanz, die die Finanzlage eines Landes sachlich bewertet. Der Finanzmarkt ist nichts weiter als die Gesamtheit der Anleger, die versuchen, mit Finanzinvestitionen möglichst viel Geld zu verdienen. Wer 2010/2011 wirklich einen Staatsbankrott Griechenlands fürchtete, der hatte seine griechischen Staatspapiere längst verkauft. «Alle anderen hoff[t]en darauf, dass Hellas gerettet wird und sie riesige Zinsgewinne einstreichen können.»⁵

Diese Hoffnung hat sich jedoch nicht erfüllt: Durch den Schuldenschnitt vom März 2012 verlieren die privaten Gläubiger Griechenlands mehr als die Hälfte ihrer Forderungen (siehe Teil II).

WO KOMMT DIE KRISE HER? FALSCH E URSACHENFORSCHUNG

3. «DIE GRIECHEN SIND FAUL»

Faktenlage: In Griechenland wird sehr viel gearbeitet. Die tatsächliche Wochenarbeitszeit – abzüglich Mittagspausen – lag vor der Krise laut Eurostat bei 44,3 Stunden, in Deutschland waren es 41 Stunden und im EU-Durchschnitt 41,7 Stunden.⁶ Die französische Bank Natixis kam für Deutschland auf eine Jahresarbeitszeit von durchschnittlich 1.390 Stunden, in Griechenland sind es 2.119 Stunden.⁷

Einordnung: «Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen. Weil wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten.»⁸ Abgesehen davon, dass in Griechenland viel gearbeitet wird, und abgesehen davon, dass Freizeit nicht unbedingt etwas Schlechtes ist und Arbeit nicht unbedingt etwas Gutes: Es ist prinzipiell falsch, die Ursache der Krise eines Landes im mangelnden Fleiß der Einwohner zu suchen. Die Bevölkerung hat nicht die Wahl, einfach mal länger zu arbeiten, um die Krise zu beenden. Eher ist es umgekehrt: Wegen der Krise sind viele Griechen mittlerweile erzwungenermaßen erwerbslos. Die offizielle Arbeitslosenrate lag Ende 2011 bei fast 21 Prozent, von den Jugendlichen war sogar mehr als jeder zweite ohne eine Anstellung. Man sieht: Nicht «Faulheit» schafft Krisen, sondern Krisen vernichten Jobs. Umgekehrt ist es in Deutschland: Dort hat der Aufschwung die Arbeitslosenquote 2011 unter 7,0 Prozent gedrückt.

4. «DIE GRIECHEN MACHEN ZU VIEL URLAUB»

Faktenlage: Laut EU-Agentur Eurofound hatten griechische Arbeitnehmer vor der Krise durchschnittlich einen Urlaubsanspruch von 23 Tagen im Jahr. Die Deutschen sind in der glücklichen Lage, 30 Urlaubsta-

⁶ Handelsblatt, 2.5.2010. ⁷ Natixis, Flash Economics, 30.5.2011. ⁸ BILD, 5.3.2010.

ge nutzen zu können. Das ist Spitze in Europa. Daran ändert sich auch nichts, wenn Feiertage hinzugezählt werden.

Einordnung: «Wir können nicht eine Währung haben, und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig», sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Mai 2011. Es handelt sich hier um eine Variante des «Faulheitsvorwurfs». Es wird der Versuch gemacht, die Krise mit dem individuellen Fehlverhalten der Griechen zu erklären. Im Umkehrschluss lobt die Bundeskanzlerin das eigene Staatsvolk: Dass «wir» ökonomisch gut dastehen, läge an «unserem» Fleiß.

5. «WIR ZAHLEN DEN GRIECHEN LUXUSRENTEN»⁹

Faktenlage: Laut OECD lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter von Männern in Deutschland 2010 bei 61,5 Jahren, in Griechenland bei 61,9 Jahren. Die Griechen beziehen auch keineswegs «Luxusrenten»: Die griechische Durchschnittsrente betrug 55 Prozent des Durchschnitts der in der Euro-Zone gezahlten Renten. Im Jahr 2007 lag sie bei 617 Euro. Zwei Drittel der griechischen Rentner müssen mit weniger als 600 Euro im Monat über die Runden kommen.

Einordnung: «Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland», sagte Kanzlerin Merkel Mitte Mai 2011. Zwar müssten die Bundeskanzlerin und auch die BILD um die wirkliche Lage der griechischen Rentner wissen. Doch für sie zählen die Fakten offensichtlich nichts. Gemäß ihrer Logik ist jedes Rentenjahr und jeder Renten-Euro ein Luxus in einem Land, das in der Krise steckt. Infolgedessen sahen die EU-Kredithilfen eine massive Kürzung der griechischen Renten vor, die auch umgesetzt wurde. Ähnliches gilt für die staatlichen Ausgaben für Gesundheit und Arbeitslose (siehe Teil II).

⁹ BILD, 27.4.2010.

6. «DIE GRIECHEN HABEN SICH EIN FETTES LEBEN GEMACHT»

Faktenlage: Das Lohnniveau in Griechenland betrug 2010 nur 73 Prozent des Durchschnitts in der Euro-Zone. Die Arbeitskosten je Stunde lagen laut Eurostat bei 17,7 Euro in Griechenland und bei 29 Euro in Deutschland. «Nach Angaben des gewerkschaftsnahen Instituts für Arbeit verdient ein Viertel aller griechischen Beschäftigten weniger als 750 Euro im Monat.»¹⁰ Lehrer zum Beispiel verdienen nach 15 Dienstjahren etwa 40 Prozent weniger als in Deutschland¹¹ – und das war vor der Krise. Laut Eurostat war bereits vor der Krise ein Fünftel aller Griechen von Armut bedroht, 25 Prozent der Bevölkerung verfügten über keinen ausreichenden Wohnraum (im Vergleich dazu Deutschland: 7 Prozent). Zwar haben die griechischen Arbeitnehmer von 2000 bis 2010 Lohnsteigerungen von über 38 Prozent erkämpft. Doch reicher sind sie dadurch nicht geworden: Berücksichtigt man die Inflationsrate, so bleibt eine Reallohnsenkung von 1,6 Prozent.¹²

Einordnung: Beim Verweis auf hohe Löhne in Griechenland handelt es sich um eine «Krisenerklärung», die den Faulheitsvorwurf um «Gefräßigkeit» ergänzt. Wie bei der «Faulheit» und bei den «Luxusrenten» wird versucht, scheinbar eingängige Alltagsweisheiten auf die große Ökonomie anzuwenden: Man muss hart arbeiten und sparsam sein, dann geht es schon. So kann man kleine Krisen deuten und auch die große: «Man hätte einfach nur die schwäbische Hausfrau fragen sollen», riet Merkel. «Sie hätte uns eine Lebensweisheit gesagt: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.» Das sei der Kern der internationalen Krise.»¹³

Tatsächlich ist die Differenz zwischen Binsenweisheiten und Realität offensichtlich. So schafft «harte Arbeit» keinen Aufschwung, vielmehr zieht ein Aufschwung viele Arbeitsplätze nach sich. Andersherum kann «Sparsamkeit» in den Ruin führen (siehe Griechenland), während neue Schulden dabei helfen können, schwierige Zeiten zu überbrücken (siehe Deutschland in der Rezession 2009).

¹⁰ Frankfurter Rundschau, 25.7.2010. ¹¹ Ifo-Schnelldienst 5/2007. ¹² Infoportal, Deutschland & Globalisierung, Wochenbrief, 23.2.2012. ¹³ Focus-online, 1.12.2008.

7. «DIE GRIECHEN HABEN ÜBER IHRE VERHÄLTNISSGELEBT»

Faktenlage: Die Regierung in Athen gibt seit Jahren mehr aus, als sie einnimmt. Zwischen 2000 und 2007 betrug ihr Budgetdefizit zwischen 4 Prozent und 7 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Einordnung: Nahezu jede Regierung der Welt «lebt über ihre Verhältnisse», sprich: Sie gibt mehr aus, als sie einnimmt. So rangierte das Budgetdefizit der Bundesregierung zwischen 2000 und 2007 zwischen 1,6 Prozent und 4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das Problem Griechenlands war nicht so sehr die Neuverschuldung als die Tatsache, dass die Finanzmärkte irgendwann gegen Athen spekulierten und damit die Zinsen für Neukredite in unbezahlbare Höhe getrieben haben (siehe oben). Dies kann auch einem Land ohne hohe Defizite widerfahren. Das zeigt das Beispiel Irland, das vor der Krise gar keine Defizite, sondern meist Überschüsse im Haushalt verzeichnete – dennoch fiel es den Finanzmärkten zum Opfer und musste von der EU und dem IWF mit 85 Milliarden Euro unterstützt werden.

«Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen [...] Weil wir von unserem Gehalt immer auch einen Teil für schlechte Zeiten sparen», behauptete 2010 die BILD.¹⁴ Hinsichtlich der staatlichen Verschuldung hat die BILD unrecht – auch die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit netto verschuldet und nicht «gespart». Gesamtwirtschaftlich gesehen ist hingegen etwas dran an der Behauptung: Den deutschen Staatsschulden von rund 2.000 Milliarden Euro steht in Deutschland ein Gesamtvermögen von etwa 7.400 Milliarden Euro gegenüber.¹⁵ Allerdings ist dies nicht «unser» Vermögen. Vielmehr ist es größtenteils in den Händen weniger Reicher konzentriert. Dem Staat würde dieses Vermögen nur etwas nützen, wenn er Zugriff darauf bekäme – wenn er es also besteuert.¹⁶ Doch das soll nicht geschehen: Die Vermögensteuer wurde 1997 abgeschafft.

¹⁴ BILD, 5.3.2010. ¹⁵ DIW Wochenbericht 50/2010. ¹⁶ Dies gilt auch für Griechenland: Dort stand 2010 einer Pro-Kopf-Staatsverschuldung von 24.280 Euro ein Privatvermögen von 56.937 Euro pro Kopf gegenüber (Credit Suisse Global Wealth Databook 2010).

8. «DER GRIECHISCHE STAAT IST VIEL ZU AUFGEBLÄHT»

Faktenlage: Die sogenannte Staatsausgabenquote, welche die Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfasst, lag in Griechenland 2008 bei 48 Prozent, in Deutschland bei nur 44 Prozent.

Einordnung: Vor der Krise sah die Sache allerdings anders aus: Die griechische Staatsausgabenquote sank zwischen 2000 und 2006 von 47 Prozent auf 43 Prozent und lag in diesem Zeitraum stets unter der deutschen Quote.¹⁷ Grund für den Rückgang war ein starkes Wirtschaftswachstum in diesen Jahren, das im Zuge der Finanzkrise einbrach.¹⁸ Für die «Aufblähung» der griechischen Staatsausgaben war also die Rezession verantwortlich, nicht hellenische Verschwendungssucht.

Nebenbei bemerkt: Schweden verzeichnet seit zehn Jahren eine Staatsausgabenquote zwischen 51 Prozent und 55 Prozent des BIP – und ist dennoch nicht pleite. Und noch ein Wort zum «aufgeblähten» Beamtenapparat: In Griechenland sind laut OECD 7,9 Prozent aller Erwerbstätigen Beamte. Für Deutschland liegt der Wert bei 9,6 Prozent und im Durchschnitt aller Industrieländer bei 15 Prozent.

9. «GRIECHENLAND IST NICHT WETTBEWERBSFÄHIG»

Faktenlage: Das stimmt – wenn man den Außenhandel als Maßstab nimmt. Hier verbucht Griechenland seit Jahren ein hohes Defizit, das 2009 14 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichte. Das heißt: Griechenland importiert mehr, als es exportiert. Als Grund hierfür werden vor allem zu hohe Lohnsteigerungen genannt. Daher soll nun das griechische Lohnniveau gesenkt werden, um das Land wieder konkurrenzfähig zu machen.

¹⁷ Michael Schlecht: Der Euro brennt. Positionspapier vom 21.5.2010. ¹⁸ Aufgrund dieses Wachstums stellen auch die hohen Staatsschulden Griechenlands kein Problem dar, vgl. online unter: http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_tproducts/datasheet/Argument_110_Generationenbilanz_int_2010_05.pdf.

Einordnung: «Wettbewerbsfähigkeit» ist keine «Fähigkeit». Sie beschreibt ein Verhältnis. In der Tat sind die Lohnstückkosten in Griechenland zwischen 2000 und 2010 um fast 40 Prozent gestiegen.¹⁹ Ein Problem war dies aber nur, weil die Lohnstückkosten in anderen Ländern weniger stark gestiegen sind und die Unternehmen aus diesen Ländern daher einen Kostenvorteil auf dem Weltmarkt haben. Europameister beim Lohnsparen war Deutschland. Dort stiegen die Lohnstückkosten dank schmaler Tariferhöhungen nur um 5 Prozent. Ergebnis waren hohe Exportüberschüsse für Deutschland und hohe Importüberschüsse für Länder wie Griechenland, Portugal, Irland oder Spanien. Der deutsche Erfolg war also nur das Spiegelbild des Misserfolgs in der Euro-Peripherie: ohne Defizite in Griechenland, Spanien, Portugal keine deutschen Überschüsse.²⁰ Über seine Exportoffensive sanierte sich Deutschland also auf Kosten seiner Nachbarn.²¹

Deutschland habe eben «fitte Unternehmen, deren Produkte rund um den Globus gefragt sind», triumphierte die BILD.²² Das Sprachrohr der «kleinen Leute» sollte bei aller Freude aber nicht vergessen, dass der deutsche Exporterfolg mit der Armut der Arbeitenden bezahlt wurde: Da die Löhne sanken oder nur schwach stiegen, kam der private Konsum in Deutschland zehn Jahre lang kaum vom Fleck.²³

Und noch eine Anmerkung: Das World Economic Forum definiert Wettbewerbsfähigkeit «als die Kombination aus Institutionen, Politiken und Faktoren, die das Produktivitätsniveau eines Landes determinieren [...] Das Produktivitätsniveau determiniert auch die Renditen von Investitionen.»²⁴ Das also ist der Maßstab, an dem sich alle Staaten messen: Wo lassen sich die höchsten Renditen erzielen? Es ist sehr die Frage, ob dies ein angemessener Maßstab ist, um den Menschen weltweit ein gutes Leben zu ermöglichen.

19 Commerzbank Research Note: Euro-Peripherie vor der Lohnrevolution?, 1.4.2011. **20** Zwischen 2000 und 2009 erzielte Deutschland im Handel mit Griechenland, Portugal, Spanien und Italien einen Leistungsbilanzüberschuss von fast 500 Milliarden Euro. **21** Die BILD sieht das anders: «Wir haben die Zeche gezahlt – während andere auf unsere Kosten schamlos Party feiern» (BILD, 10.5.2010). **22** BILD, 5.3.2011. **23** Ausführlich dazu: Michael Schlecht: Der Euro brennt. Positionspapier vom 21.5.2010. Oder IMK Report 60/2011: Deutsche Arbeitskosten und Lohnstückkosten im europäischen Vergleich – Auswirkungen der Krise, online unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_60_2011.pdf. **24** WEF Competitiveness Report 2010.

10. «DIE GRIECHEN SIND KORRUPT»

Faktenlage: Tatsächlich sind Steuerhinterziehung und Steuervermeidung in Griechenland stärker ausgeprägt als in anderen Ländern und «Korruption ist allgegenwärtig».²⁵ Der Anteil der Schattenwirtschaft wird auf rund 25 Prozent der Wirtschaft geschätzt (zum Vergleich: Deutschland etwa 15 Prozent)²⁶ und die Summe der hinterzogenen Steuern auf 20 Milliarden Euro pro Jahr.²⁷

Einordnung: Steuerhinterziehung und Korruption sind tatsächlich ein großes Problem für Griechenland.²⁸ Dazu vier Anmerkungen: Erstens: Hinterzogene Steuern stellen eine Form der Umverteilung vom Staat zum privaten Sektor dar. Das Geld ist also nicht «weg». Insofern ist damit auch die griechische Krise nicht erklärt.

Zweitens: «Verantwortlich für die griechische Schlamperie war der damalige Ministerpräsident Kostas Karamanlis. Ein enger Verbündeter von Kanzlerin Merkel in der EU. Mit Hilfe des willigen Griechen gelang es Merkel verschiedentlich, die Front der Südländer bei wichtigen EU-Entscheidungen aufzubrechen. Karamanlis war immer für einen Deal zu haben. Im Gegenzug musste der Grieche keine allzu kritischen Fragen zu seiner liederlichen Finanzpolitik fürchten.» Dies schreibt der ehemalige Chefredakteur des Handelsblattes.²⁹

Drittens haben auch deutsche Konzerne von der Schmiergeld-Wirtschaft in Griechenland profitiert. «Seit dem Jahr 2008 wurde in mehreren juristischen Auseinandersetzungen dokumentiert, dass die deutschen Unternehmen Siemens, Ferrostaal-MAN und Deutsche Bahn AG in großem Maßstab in Griechenland Politiker einkauften und politische Entscheidungen zu ihren Gunsten «finanzierten». So «investierte» allein der Siemens-Konzern seit Mitte der 1990er Jahre und rund ein Jahrzehnt lang in Griechenland 15 Millionen Euro pro Jahr – um auf diese Weise Politiker der beiden wichtigen Parteien, Nea Dimokratia und PASOK, günstig zu stimmen.»³⁰

²⁵ Spiegel-online, 10.3.2010. ²⁶ Pressemitteilung des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) vom 26.1.2010. ²⁷ Der Standard, 11.2.2010. ²⁸ Aber nicht nur für Griechenland: «Die Dänen schulden ihrem Staat umgerechnet 9,8 Milliarden Euro. Das entspricht rund einem Viertel der jährlich in Dänemark gezahlten Einkommensteuer» (Financial Times Deutschland, 1.2.2012). ²⁹ Michael Schlecht: Der Euro brennt. Positionspapier vom 21.5.2010. ³⁰ Griechenland, das Diktat von IWF und EU und die deutsche Verantwortung. Positionspapier des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland vom 7.5.2010, online unter: <http://www.attac-netzwerk.de/?id=256>.

Viertens: Dass das Korruptionsniveau in einem Land allein nicht ausschlaggebend ist, belegt der Korruptionsindex von Transparency International. Nach diesem Index war die Korruption in Griechenland (Rang 80 von 182 Staaten im Jahr 2011) zwar deutlich höher als in Deutschland (Rang 14). Gleichzeitig aber war sie kaum höher als im Wirtschaftswunderland China (Rang 75) und sogar geringer als in Boom-Staaten wie Indonesien oder Mexiko (beide Rang 100).

11. «GRIECHENLAND HAT SICH MIT GEFÄLSCHTEN BILANZEN IN DIE WÄHRUNGSUNION GEMOGELT»³¹

Faktenlage: Tatsächlich lag das griechische Haushaltsdefizit seit 1997 ständig oberhalb der EU-Grenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – auch während der Jahre 1997 bis 1999, die für die Zulassung des Landes zur Euro-Zone entscheidend waren. Dennoch durfte Griechenland dem Euro beitreten. «Die Nachsicht der Gemeinschaft rächt sich jetzt.»³²

Einordnung: Die «Schummelei» der griechischen Regierung wurde bereits 2004 bekannt und offiziell. «Wer behauptet, die Griechen hätten uns mit falschen Zahlen betrogen, der lügt. Das Zahlenwerk haben die angeblich Getäuschten in Wahrheit nie geglaubt», sagte CSU-Wirtschaftsexperte Georg Nüßlein.³³ Dennoch gab es weder einen Ausschluss des Landes aus der Währungsunion noch ein Vertragsverletzungsverfahren oder Sanktionen wie etwa Kürzungen der EU-Hilfen. Warum nicht?

Darüber können nur Vermutungen angestellt werden: So regierte ab 2004 Kostas Karamanlis in Griechenland, ein Vertrauter von Bundeskanzlerin Merkel (siehe Punkt 10). Zudem war es prinzipiell das Ziel der mächtigen EU-Staaten, möglichst viele Länder aufzunehmen, um der Währungsgemeinschaft ein größeres ökonomisches Gewicht zu verleihen – schließlich ist der Euro ein Konkurrenzprojekt zum Dollar, hinter dem mit den USA ein Viertel der Weltwirtschaftskraft steht. Darüber hi-

³¹ Le Figaro, 2.11.2011. ³² Börse Online, 7.1.2010. ³³ Berliner Zeitung, 23.6.2011.

naus konnte somit die Euro-Zone in die geopolitisch wichtige Balkan-³⁴ und Nahost-Region ausgedehnt werden. Damit mag zusammenhängen, dass IWF und EU den Rüstungsetat Griechenlands beim Sparprogramm 2010 weitgehend ausklammerten. Dabei lag dieser – gemessen als Anteil am gesamten Haushalt – «zweieinhalb Mal höher als der deutsche und gut doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Seit den 1980er Jahren unterstützen insbesondere französische und deutsche Rüstungskonzerne und die Regierungen in Paris und Bonn respektive Berlin eine systematische Aufrüstung der Türkei und Griechenlands.»³⁵

34 Die Bundesregierung stimmte dem Euro-Beitritt Griechenlands ein Jahr nach dem Kosovo-Krieg zu – ein Krieg, den die griechische Bevölkerung mehrheitlich ablehnte. **35** Griechenland, das Diktat von IWF und EU und die deutsche Verantwortung. Positionspapier des Wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland vom 7.5.2010, online unter: <http://www.attac-netzwerk.de/?id=256>.

12. «DIE GRIECHEN SOLLTEN ERST EINMAL SELBST SPAREN, BEVOR WIR IHNEN NOCHMALS HELFEN»

Faktenlage: Griechenlands Budgetdefizit lag 2010 bei rund 10,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Athen hatte versprochen, dieses Defizit 2011 auf 7,5 Prozent zu senken. Dies ist nicht gelungen, das Defizit erreichte knapp 10 Prozent. Das Land kann sich nicht, wie ursprünglich geplant, ab 2012 wieder über die Finanzmärkte verschulden und wird daher durch neue Kredite von EU und IWF gestützt, um seine Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. «Es kann nicht sein, dass die Griechen sich weigern zu sparen, aber die deutschen Steuerzahler für Griechenland sparen», sagte CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt.³⁶

Einordnung: Aus dem zu hohen Defizit lässt sich nicht ableiten, Griechenland spare nicht. Das tut es, und zwar brutal. Wegen der Sparprogramme hat die Bevölkerung seit Anfang 2010 durchschnittlich fast 20 Prozent ihres Einkommens verloren.³⁷ «Kein Industrieland hat in den letzten 25 Jahren sein strukturelles Defizit binnen eines Jahres so stark gesenkt», urteilt selbst die Rating-Agentur Fitch.³⁸ Und die Berenberg Bank sieht Athens Sparprogramm als «die wahrscheinlich härteste fiskalische Anpassung», die jemals in einem westlichen Land vorgenommen wurde.³⁹

Dass das Defizit 2011 höher war als geplant, liegt nicht an der Verschwendungssucht Athens. Nicht die Ausgaben sind zu hoch, sondern die Einnahmen zu gering. Das liegt vor allem an der Rezession, die durch das harsche Sparprogramm noch verschärft wird: Da der Staat spart, Löhne und Renten kürzt sowie Abgaben erhöht, bricht die Wirtschaftsleistung ein. Der Einzelhandelsumsatz zum Beispiel lag Ende 2011 um 44 Prozent unter seinem Vor-Krisen-Stand. Zwischen 2010 und 2011 gingen rund 90.000 Unternehmen pleite, 2012 dürften über 64.000 eingehen. Seit Anfang 2010 ist das BIP um 12 Prozent zurückgegangen. Auch die Steuereinnahmen sind gesunken. Ein Beispiel: Im Januar 2012 lagen die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer – trotz höherer

³⁶ BILD, 3.11.2011. ³⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.5.2011. ³⁸ Financial Times Deutschland, 26.5.2011. ³⁹ Berenberg Bank, Macro Views, 20.5.2011.

Steuersätze – um fast 19 Prozent unter dem Wert des Vorjahresmonats. Gleichzeitig machte die Rezession höhere Ausgaben zum Beispiel für Arbeitslose nötig. Nicht die Ausgabenfreude Athens ist also das Problem, sondern das Sparprogramm. «Die Überdosis an Austerität hat den griechischen Patienten inzwischen fast umgebracht.»⁴⁰ Damit hat die Bundesregierung offensichtlich kein Problem: «Es ist leider unvermeidlich bei einem solchen Anpassungsprozess, dass zunächst solche Wirtschaftsaktivitäten wegbrechen, die lediglich ein Spiegelbild schuldenfinanzierter Strohfeuer sind.»⁴¹

13. «VERKAUFT DOCH EURE INSELN, IHR PLEITE-GRIECHEN!»⁴²

Faktenlage: Der griechische Staat verfügt über Eigentum, dessen Wert auf 270 bis 300 Milliarden Euro taxiert wird. Hauptsächlich handelt es sich hierbei um Grundstücke – auch auf Inseln.

Einordnung: Die Regierung in Athen hockt nicht auf ihrem Besitz. Sie hat ein umfassendes Privatisierungsprogramm aufgelegt. Im Angebot sind Telekommunikationsfirmen, Stromkonzerne, Häfen und jede Menge Grundstücke. Damit will Athen bis zum Jahr 2015 etwa 50 Milliarden Euro einnehmen. Hier gibt es aber mehrere Haken: Da Griechenland verkaufen muss, wird es nur schlechte Preise für sein Eigentum erzielen. Die Käufer – internationale Konzerne – werden die griechische Not-situation auszunutzen versuchen. Zweitens: Verkauft der Staat rentable Firmen, gehen ihm Einnahmen verloren. Fazit: «Die Erfahrung in unzähligen Stabilisierungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeigt, dass (Privatisierung) eine äußerst riskante Strategie ist [...] Schließlich brauchen geordnete Verfahren [...] eine sehr lange Zeit, die Griechenland derzeit nicht hat. Privatisierungen sind daher als Notfallmaßnahme eher ungeeignet.»⁴³ Dennoch besteht die Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und IWF auf der Privatisierung, die laut Troika-Anforderungen bis 2015 rund 19 Milliarden Euro einbringen soll – Geld, das für die Schuldenbedienung vorgesehen ist.

⁴⁰ Berenberg Bank, 9.2.2012. ⁴¹ Brief des Bundesfinanzministers an die Mitglieder des Deutschen Bundestags vom 23.2.2012. ⁴² BILD, 27.10.2010. ⁴³ VP Bank, Investment News, 1.6.2011.

14. «SOLLEN DOCH DIE GLÄUBIGER ZAHLEN!»

Faktenlage: Der griechische Staat hat rund 350 Milliarden Euro Schulden. Um Griechenland zu retten, könnten die Geldgeber auf einen Teil der vergebenen Kredite verzichten.

Einordnung: Die griechische Staatsschuld ist für die Euro-Zone kein überwältigendes Problem. Mit insgesamt 350 Milliarden Euro beträgt sie lediglich 3,7 Prozent der Wirtschaftskraft der Euro-Zone. Dennoch wurde ein Schuldenerlass lange Zeit verschleppt. Denn die EU-Regierungen fürchteten die Rückwirkungen auf die eigene Ökonomie: Erstens würden durch einen umfassenden Schuldenerlass den Banken große Verluste entstehen. Zweitens könnten die Finanzmärkte den griechischen Schuldenerlass als Präzedenzfall werten und weitere Erlasse in Portugal, Irland oder sogar Spanien und Italien erwarten.⁴⁴ «Die Sorgen um Griechenland könnten auf die anderen Peripheriestaaten übergreifen und zu einem Ausverkauf von deren Anleihen führen.»⁴⁵ Damit droht das Ende der Euro-Zone, des Rückgrats der deutschen Wirtschaft.⁴⁶

Das zweite Griechenland-Paket vom Oktober 2011 sah zwar tatsächlich einen großen Schuldenerlass vor. Doch ist klar: Die Entlastung kommt zu spät und ist zu gering (siehe Teil II, Punkt 1).

⁴⁴ Damit wären weitere Verluste für die Banken vorprogrammiert. Laut Bank für Internationalen Zahlungsausgleich schuldeten Griechenland, Portugal, Irland und Spanien den europäischen Banken Ende 2010 rund 1.340 Milliarden Euro. Ein Viertel davon entfiel auf deutsche Kreditinstitute, vgl. online unter: http://bis.org/pub/qtrpdf/r_qa1106.pdf#page=100. ⁴⁵ DZ Bank, Zinsmärkte, 9.5.2011. Wie real diese Gefahr war, zeigte sich ab Juli 2011: Nach dem ersten Beschluss eines Schuldenerlasses für Griechenland stiegen die Renditen auf spanische und italienische Anleihen rasant. ⁴⁶ Im Juli 2011 nannten nach einer DIHK-Umfrage 88 Prozent aller deutschen Unternehmen die «Stabilisierung des Euro» als wesentliche wirtschaftspolitische Herausforderung.

15. «SCHMEISST DIE GRIECHEN ENDLICH AUS DER EURO-ZONE!»⁴⁷

Faktenlage: Mit einem Ausschluss/Austritt könnten die Euro-Zonen-Länder versuchen, das Griechenland-Problem auszulagern und den Euro-Raum «vor Ansteckung zu schützen». Griechenland wiederum könnte die Drachme wieder einführen und die Währung abwerten. Dies würde griechische Ausfuhren verbilligen und das Land könnte so versuchen, mithilfe steigender Exporte aus der Krise zu gelangen.

Einordnung: Das hätte mindestens zwei gravierende Nachteile. Erstens: Sollte Athen die Drachme wieder einführen, würde diese gegenüber dem Euro drastisch abgewertet. Ihre Schulden hätte die griechische Regierung (wie auch die griechischen Banken, Unternehmen und Privathaushalte) aber weiterhin in Euro. Folglich würden die Schulden rasant aufgewertet und der Schuldenstand würde explodieren. Damit wäre Griechenland finanziell ruiniert, und «das Bankensystem würde mit Sicherheit kollabieren».⁴⁸ Dann müssten auch die ausländischen Gläubiger Griechenlands – vor allem deutsche und französische Banken – ihre vergebenen Kredite abschreiben. Zweitens bestünde die Gefahr, dass die Finanzmärkte Griechenland als Präzedenzfall sehen und auf einen Euro-Austritt anderer Länder spekulieren: «Eine Pleite würde vollends Panik bei den Anlegern auslösen. Die Ansteckungsgefahr ist riesig.»⁴⁹

Mit dem Austritt Griechenlands wäre die implizite Bestandsgarantie der Euro-Zone aufgekündigt und der Spekulation gegen den Euro Tür und Tor geöffnet. «Der Plan, mit dem Euro eine Weltwährung in Konkurrenz zum US-Dollar zu schaffen, wäre gescheitert.»⁵⁰ Daher versuchen die Länder der Euro-Zone, Griechenland in der Währungsunion zu halten – nicht aus Mitleid mit den Griechen, sondern um Schaden von sich abzuwenden: «Wir haben Griechenland ja nicht unbedingt aus Sympathie geholfen, sondern weil wir sagten, es drohe andernfalls ein Schock für das Finanzsystem.»⁵¹

⁴⁷ BILD, 17.2.2012. ⁴⁸ DZ Bank, Zinsmärkte, 9.5.2011. ⁴⁹ IMK-Pressemitteilung vom 17.2.2012, online unter: http://www.boeckler.de/28607_38972.htm. ⁵⁰ Berliner Zeitung, 27.4.2010. Zu den Vorteilen des Status einer Weltleitwährung vgl. ak – analyse & kritik, Nr. 561, 20.5.2011, online unter: http://www.akweb.de/ak_s/ak561/23.htm. ⁵¹ Michael Fuchs (CDU), in: Frankfurter Rundschau, 15.1.2012. Aus Fuchs' Nachsatz erklärt sich übrigens die ab Ende 2011 härtere Haltung der EU gegenüber Griechenland: «Ich denke, das Ausmaß dieser Gefahr hat abgenommen.»

16. «WIR WOLLEN FREUNDE DER GRIECHEN SEIN»⁵²

Freundschaft ist ein Verhältnis zwischen Menschen, nicht zwischen politischen Apparaten. Zwar wird im übertragenden Sinne häufig von «befreundeten» Staaten gesprochen. Gemeint sind aber weniger freundschaftliche Bande, sondern gemeinsame Interessen, die solche Staaten verfolgen. Das gemeinsame Interesse von Griechenland und Deutschland ist in diesem Falle schnell gefunden: die gemeinsame Währung, der Euro. Während Athen jedoch seine Wirtschaft vor dem Kollaps retten will, versucht die Bundesregierung, sich des Griechenland-Problems so kostengünstig wie möglich zu entledigen. Bei Geld hört die Freundschaft bekanntlich auf beziehungsweise fängt erst gar nicht an.

17. «MAN SOLLTE FREUNDEN HELFEN - ABER NICHT FÜR SIE BÜRGEN»

Faktenlage: 15. Mai 2011, Sonntagabend, Talkshow mit Anne Will. Thema: «Milliarden für arme Euro-Schlucker – riskiert die Regierung unser Geld?» Die Sendung steigt ein mit einer Umfrage auf der Straße. Frage: «Würden Sie Nachbarn oder Freunden in Not finanziell aushelfen?» Die Antwort der meisten Befragten lautet: «Ja». Auf die Frage «Würden Sie auch Bürgschaften übernehmen?» folgt jedoch ein «Nein». So kommt es zur Leitfrage des Abends: «Darf die Politik machen, was man im Privaten niemals tun würde: im großen Stil für andere bürgen?» Denn ab Mitte 2012 wird Deutschland im Rahmen des dauerhaften Euro-Krisenmechanismus (European Stability Mechanism/ESM) 168 Milliarden Euro an Garantien übernehmen.

⁵² BILD, 5.3.2010.

Einordnung: «Wir» Deutschen sollen also nicht für andere bürgen. Dabei bürgen «wir» ständig – ohne dass uns irgendjemand nach unserem Einverständnis gefragt hätte. Zum Beispiel bürgen «wir» für die heimische Kreditwirtschaft. Als die deutschen Banken bedroht waren, beschloss die Bundesregierung im Oktober 2008 ein Rettungspaket von 480 Milliarden Euro, davon waren 400 Milliarden Bürgschaften für Banken.

18. «DEUTSCHE STEUERZAHLER RETTEN GRIECHENLAND»

Faktenlage: Mit dem ersten Hilfspaket von 2010 wurden Athen von öffentlichen Stellen (EU-Staaten, IWF, EU-Kommission) 110 Milliarden Euro an Unterstützung zugesagt. Das zweite Hilfspaket von 2012 beinhaltet 139 Milliarden Euro. Der deutsche Anteil betrug 2010 22 Milliarden Euro, 2012 ca. 40 Milliarden Euro.

Einordnung: Erstens sind es nicht die viel zitierten Steuerzahler, die Griechenland «helfen». Das deutsche Geld für Athen nimmt die Bundesregierung nicht aus dem Steueraufkommen, sondern sie borgt es sich für 1 bis 3 Prozent Zinsen und leiht es an die «Krisenstaaten» weiter – inklusive Strafzinsen. Athen musste für die «Hilfe» aus dem ersten Kreditpaket 4,2 Prozent Zinsen zahlen, Irland 5,8 Prozent und Portugal zwischen 5,5 Prozent und 6 Prozent. Das war ein gutes Geschäft für die deutschen «Steuerzahler»: Durch die Zinsdifferenz flossen dem Bund bis Ende 2011 mehr als 300 Millionen Euro zu. Und es werden noch mehr – vorausgesetzt allerdings, die «Krisenstaaten» können ihre Schulden begleichen. Zwar wurden die Zinsen für die Hilfskredite 2011 und 2012 gesenkt. Dennoch verdient der Bundesfinanzminister weiter an ihnen: «Deutschland finanziert die Hilfen weiterhin günstiger als sie an Griechenland ausgereicht werden», so Schäuble.⁵³ Insofern hat die BILD recht, wenn sie titelt: «Ihr griecht nix von uns!»⁵⁴ Es ist umgekehrt: Per Saldo zahlt Griechenland an Deutschland.

⁵³ Brief von Schäuble an die Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 23.2.2012. ⁵⁴ BILD, 5.3.2010.

Zweitens sollen diese Milliarden nicht Griechenland «retten». «Die Notmaßnahmen dienen insgesamt der Sicherung der Stabilität in der Euro-Zone», so das Bundesfinanzministerium.⁵⁵ Explizit formulierte dies die Euro-Gruppe auch beim Beschluss des permanenten Euro-Schutzschirms ESM im März 2011: «Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, etablieren einen Stabilitätsmechanismus, der aktiviert wird, wenn dies unausweichlich ist, um die Stabilität der Euro-Zone als Ganzes zu sichern.» Das bedeutet: Die Hilfskredite sollen nicht überschuldete Euro-Länder retten, sondern den Rest der Euro-Zone vor den Folgen ihrer Überschuldung. Es ist ein Schutz der Gläubiger vor den Schuldnern.

19. EIN NACHTRAG: IST GRIECHENLAND EIN OPFER DER SPEKULANTEN?

Faktenlage: Griechenland hatte vor der Krise zwar hohe Schulden. Doch war diese Verschuldung tragbar. Die Zinslastquote – also der Anteil der Zinszahlungen an der Wirtschaftsleistung – betrug 2008 rund 4,3 Prozent. Zehn Jahre zuvor waren es noch fast 8 Prozent. Die Zahlungsunfähigkeit drohte Athen erst, als die Finanzmärkte Ende 2009 griechische Anleihen fallen ließen, was für Athen neue Kredite unbezahlbar machte (siehe Fußnote 2). Insofern ist Athen ein «Opfer der Märkte».

Einordnung: Häufig wird behauptet, Griechenland sei «selbst schuld» an seiner Krise. Seine Wirtschaft sei marode, die Regierung verschwenderisch, die Gesellschaft korrupt und die Bevölkerung faul. Die Krise sei insofern eine notwendige Konsequenz der wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten des Landes. Dies jedoch trifft nicht zu. Denn erstens war die Lage Griechenlands gar nicht so desolat, wie häufig behauptet. Dies sollten die oben genannten Argumente zeigen. Zweitens übersieht die «Selbst-schuld»-Hypothese einen wichtigen Punkt: Ob ein Land nur verschuldet oder überschuldet ist, hängt von der Bewertung der Finanzmärkte ab, also vom «Vertrauen» der Kreditgeber in die künftige Schuldenbedienungsfähigkeit eines Landes. Diese Bewer-

⁵⁵ Antrag des Bundesministeriums der Finanzen zur Billigung der Finanzhilfen für Griechenland durch den Bundestag vom 23.2.2012.

tung bezieht sich auf die Zukunft. Sie ist eine subjektive Erwartung – und insofern nie identisch mit der objektiven Lage eines Landes. Eine Vertrauenskrise ist daher nie etwas Zwangsläufiges, sondern eine Entscheidung der Finanzmärkte.

Dass die Anleger irgendwann gegen Griechenland spekulierten, war demnach nicht unausweichlich. Andererseits war dies auch kein bloßer Zufall. Warum? Die Finanzmärkte reagierten im Jahr 2009 sehr nervös. Weltweit hatten Staaten im Zuge von Krise und Bankenrettungen hohe Schulden angehäuft. Gleichzeitig war die Geschäftslage der Banken weiter prekär. Dies minderte ihren Risikoappetit, sie suchten nach Sicherheit. Es tauchte bei Anlegern daher die Frage auf: Wo ist unser Geld sicher? Welches Land ist eigentlich noch kreditwürdig? Bei diesem kritischen Ländervergleich schnitt Griechenland 2009 am schlechtesten ab. Seine Wirtschaft schrumpfte. Bereits 2008 hatte es ein hohes Haushaltsdefizit von 8 Prozent der Wirtschaftsleistung. 2009 waren es fast 17 Prozent – der schlechteste Wert in der industrialisierten Welt.

Zudem hatte Griechenland nicht nur hohe Gesamtschulden, sondern auch die gefährlichste Schuldenstruktur. Erstens: Rund ein Drittel seiner Schulden bestand aus Krediten mit flexiblen Zinsen, sprich: Die Zinsen, die Athen auf diese Kredite zu zahlen hatte, konnten jederzeit erhöht werden. Zweitens: Rund 70 Prozent der Gläubiger Athens kamen aus dem Ausland – konnten ihr Geld also jederzeit abziehen. Gleichzeitig hatte Griechenland ein hohes Defizit im Außenhandel, war also permanent auf Kredite aus dem Ausland angewiesen, um dieses Defizit zu finanzieren. Und drittens: Den Schulden Athens standen nur wenige Forderungen gegenüber. Sprich: Die griechische Regierung hatte viel Kredit genommen, aber wenig vergeben. Die Netto-Staatsschulden (Schulden minus Forderungen) betragen 2010 etwa 115 Prozent der Wirtschaftsleistung und waren damit so hoch wie die Japans. Insofern kann man sagen: Die Spekulation gegen Griechenland war nicht zwangsläufig – aber eben auch kein bloßer Zufall. Sie war die Folge einer Neubewertung der Kreditgeber vor dem Hintergrund einer globalen Finanzkrise.

TEIL II: DIE «RETTUNG DES EURO» IN DREI SCHRITTEN

Die 2010/2011 getroffenen Maßnahmen zur Lösung des Griechenland-Problems haben die Situation nicht verbessert. Durch die massiven Sparprogramme wurde die Rezession im Land verschärft, was die Schulden Athens weiter in die Höhe trieb und das Vertrauen der Finanzmärkte weiter untergrub: Länder wie Portugal, Spanien, Italien oder Belgien gerieten ins Visier der Anleger. Die Euro-Zone drohte zu implodieren. Daher entschieden sich die Euro-Staaten unter Führung der deutschen und französischen Regierung für einen umfassenderen Lösungsansatz. Ende Oktober 2011 präsentierten sie ihre Strategie, die in den folgenden Monaten umgesetzt wurde. Sie fußt im Wesentlichen auf drei Elementen, die Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den Mitgliedern des Bundestages in einem Brief so darstellte:

- «Eine tragfähige Lösung für Griechenland, die eine angemessene Beteiligung der privaten Gläubiger vorsieht.»
- «Eine effiziente Nutzung des temporären Rettungsschirms, um Ansteckungseffekte im Keim ersticken zu können.»
- «Ein klares Bekenntnis potenziell von Finanzierungsproblemen gefährdeter Staaten, dass sie die notwendigen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreifen» werden.

ERSTER SCHRITT: DIE ISOLIERUNG DES GRIECHENLAND-PROBLEMS

1. EINE «TRAGFÄHIGE LÖSUNG FÜR GRIECHENLAND»

Beschlüsse: Athen erhält von öffentlichen Institutionen (European Financial Stability Facility/EFSF und IWF) weitere 130 Milliarden Euro bis 2014. Dazu kommen die restlichen 24 Milliarden Euro aus dem ersten Hilfspaket von 2010. Damit verknüpft sind Auflagen: Die Sparmaßnahmen müssen weiter verschärft und die Strukturreformen vorangetrieben werden. Griechenland wurde verpflichtet, zusätzlich zu den bereits erfolgten Einschnitten von über 12 Prozent der Wirtschaftsleistung seit 2010 weitere 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung (= 3,3 Milliarden Euro) einzusparen. Praktisch bedeutet dies:

- Entlassung von 15.000 Staatsbediensteten im Jahr 2012, bis 2015 sollen es insgesamt 150.000 sein.⁵⁶
- Zusätzliche Einsparungen über 1,1 Milliarden Euro im Gesundheitssektor im Jahr 2012. Senkung des Rüstungsetats und der staatlichen Investitionen um jeweils 400 Millionen Euro.
- Weitere Absenkung der Renten und Löhne der Staatsbediensteten (Polizei/Feuerwehr) um 10 Prozent.
- Senkung des Mindestlohns in der Privatwirtschaft von 750 auf 590 Euro. Für junge Beschäftigte unter 25 Jahren sinkt der Mindestlohn sogar auf 500 Euro. Gekoppelt an den Mindestlohn ist das Arbeitslosengeld, das von 460 auf 320 Euro pro Monat gekürzt wird.
- Abschaffung der meisten Lohnzuschüsse. «Damit sinkt beispielsweise der Lohn eines Angestellten im Handel von 1.375 auf 962 Euro.»⁵⁷
- Einfrieren der Löhne, bis die Arbeitslosigkeit auf 10 Prozent gefallen ist (diese lag im Dezember 2011 bei 20,8 Prozent).
- Verpflichtung zum Verkauf von Staatsbesitz, durch den Griechenland bis 2014 12 Milliarden Euro einnehmen soll. Im ersten Hilfspaket waren noch Privatisierungserlöse von 34 Milliarden Euro verlangt worden.

⁵⁶ Übertragen auf Deutschland entspricht dies der Entlassung von über einer Million öffentlicher Bediensteter. ⁵⁷ dpa, 9.2.2012.

Bei der Durchsetzung der Beschlüsse wurden demokratische Verfahren umgangen und die Souveränität der griechischen Regierung wurde ausgehebelt:

- Die Politiker der griechischen Parteien mussten sich schriftlich dazu verpflichten, alle Maßnahmen umzusetzen. Damit sollte gewährleistet werden, dass die Reformen durchgeführt werden, unabhängig davon, welche Partei in Zukunft regiert.
- Als die Regierung Papandreou Ende 2011 eine Volksbefragung zu den Sparmaßnahmen durchführen wollte, drohte die deutsche Regierung mit dem Entzug der Finanzhilfen.
- Bei der Abstimmung über die Sparmaßnahmen im griechischen Parlament im Februar 2012 drohte der neue Ministerpräsident Lucas Papademos allen Politikern, die gegen das Sparpaket votierten, mit der Entlassung aus der Regierung.
- Die Umsetzung der Maßnahmen kontrolliert künftig eine dauerhafte Vertretung der EU-Kommission in Athen.
- Die neuen Kredite der EU fließen zum Teil auf ein Treuhandkonto, das für die Bedienung von Schulden reserviert ist. Das soll verhindern, dass Athen das Geld für andere Zwecke als den Schuldendienst ausgibt.

Einordnung: Die verschärften Sparmaßnahmen werden die griechische Wirtschaft weiter in den Abgrund treiben. «Griechenland leidet unter einer Überdosis an Sparpolitik.»⁵⁸ Die Maßnahmen verstärken die Rezession, dies lässt die Schulden steigen, was wiederum durch neue Sparmaßnahmen bekämpft wird. Es ist eine «Todesspirale».⁵⁹

Diese Spirale soll gemäß den EU-Pläne durch eine Verbilligung der Arbeitskraft durchbrochen werden. «Griechenland kommt nur über massive Kostensenkungen wieder auf die Beine.»⁶⁰ Lohnsenkungen sollen den Export ankurbeln. Doch auch diese Strategie dürfte scheitern. Denn Griechenlands Warenexport ist mit 8 Prozent der Wirtschaftsleistung zu gering (zum Vergleich: Deutschland 45 Prozent, Irland 56 Prozent). Zudem besteht die griechische Wirtschaft im Wesentlichen aus tausenden kapitalschwachen Kleinunternehmen, die im Wettbewerb mit Unternehmen aus Billiglohnländern in Asien und Osteuropa nicht mithalten können.⁶¹ Umfassende Lohnsenkungen werden daher nicht zu einem

⁵⁸ «What Greece needs», Berenberg Bank, 30.1.2012. ⁵⁹ Ebd. ⁶⁰ Michael Fuchs, Vizechef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nach Reuters, 9.2.2012. ⁶¹ Frankfurter Rundschau, 10.2.2012, online unter: <http://www.fr-online.de/schuldenkrise/kommentar-zu-griechenland-keine-exportprodukte,1471908,11613222.html>. Oder: Natixis, Flash Economics: Greece – The multiple austerity measures no longer make sense, 15.2.2012.

Exportboom, sondern zu einer Senkung der inländischen Nachfrage führen, die durch erhöhte Exporte nicht kompensiert werden kann. Von dem neuen Hilfspaket über 130 Milliarden Euro werden Griechenlands Wirtschaft und Bevölkerung zudem nur wenig sehen: Rund 80 Milliarden Euro dienen zur Finanzierung des Schuldenerlasses (35 Milliarden Euro Sofortzahlung an die Gläubiger, 50 Milliarden Euro zur Rettung der griechischen Banken nach dem Schuldenerlass, siehe unten). Rund 20 Milliarden Euro gehen als Schuldenbedienung an die Europäischen Notenbanken, die Griechenland-Anleihen halten. Insgesamt dienen vom Gesamtpaket nur etwa 30 Milliarden Euro zur Finanzierung des griechischen Haushaltsdefizits. Das meiste davon fließt aber nicht an griechische Rentner, Schulen oder Firmen, sondern geht für Zinsen auf Schulden drauf.

2. EINE «ANGEMESSENE BETEILIGUNG DER PRIVATEN GLÄUBIGER»

Beschluss: Die privaten Gläubiger Athens – Banken, Investmentfonds, Versicherungen – sollen laut EU-Plan freiwillig auf rund die Hälfte ihrer Forderungen verzichten, also auf rund 100 Milliarden Euro. Die Gläubigerstruktur sah Ende 2011 folgendermaßen aus (Schätzung in Milliarden Euro):

Gesamtschulden	350
davon	
öffentliche Gläubiger	150
davon	
Kredite IWF/Euro-Staaten u. a.:	90
Euro-Zentralbanken	60
private Gläubiger	200
davon	
griechische Banken	50
griechische Rentenversicherer	30
europäische Banken	40
europäische Versicherer	15
Rest	65

Damit sich die privaten Gläubiger freiwillig auf den Schuldenschnitt einlassen, erhalten sie Anreize: Von ihren verbleibenden Forderungen an Athen von über 100 Milliarden Euro bekommen sie 30 Milliarden Euro sofort ausgezahlt, plus knapp 6 Milliarden Euro an aufgelaufenen Zinsen. Der Rest der Forderungen (70 Milliarden Euro) wird durch lang laufende Anleihen mit einem niedrigeren Zins (durchschnittlich 3,6 Prozent) ersetzt und damit garantiert. Lassen sich 90 Prozent der privaten Gläubiger auf diesen Schuldenschnitt ein, so sollen Athens Schulden zwischen 2011 und 2020 von 160 Prozent auf 120 Prozent der Wirtschaftsleistung sinken.

Einordnung: Ziel dieses Schuldenerlasses ist es angeblich, die griechische Schuldenlast «nachhaltig» oder «tragbar» zu machen. Was bedeutet das? «Nachhaltig» bedeutet hier nicht: Griechenland wird durch den Schuldenschnitt so stark entlastet, dass Geld für andere Aufgaben – Soziales, Infrastruktur, Personal etc. – frei wird. Dafür hätte der Schuldenerlass größer sein müssen. Zwar werden Athen 100 Milliarden Euro erlassen. Gleichzeitig muss sich Griechenland aber von den EU-Staaten und dem IWF 30 Milliarden Euro neu leihen, um Vorauszahlungen an die privaten Gläubiger zu leisten. Zudem muss sich der griechische Staat weitere Milliarden Euro leihen, um sein Bankensystem zu stützen. Die einheimischen Banken würden unter dem Schuldenverzicht andernfalls pleitegehen, da er einen Großteil ihrer Anlagen aufzehrt.

Ob der Schuldenerlass sein Ziel erreicht – die Absenkung der Schulden auf 120 Prozent der Wirtschaftsleistung – wird allgemein bezweifelt. Vor allem weil diesem Ziel optimistische Annahmen hinsichtlich des zukünftigen griechischen Wirtschaftswachstums zugrunde liegen. Doch auch wenn das Ziel erreicht würde, hätte Griechenland damit immer noch eine gigantische Schuldenlast. «Dass 120 Prozent Staatsverschuldung nachhaltig sind, ist eine politische Annahme, keine ökonomische.»⁶² All dies ist bekannt. Warum bestehen die EU-Staaten – insbesondere Deutschland – dennoch auf ihrer Strategie? Dies liegt am Zweck des Schuldenerlasses. Der lautet, die Schuldenlast «tragbar» zu machen – und nicht, den Griechen das Leben leichter zu machen.

Erstens werden mit dem Schuldenerlass nur jene Schulden gestrichen, die als ohnehin uneinbringbar gelten – die Gläubiger verlieren also nichts, was sie andernfalls bekommen hätten. Zweitens soll durch den

Erlass und die zeitliche Streckung der Schulden Griechenland die Bedienung seiner Restschuld ermöglicht werden. Diese Schuldenbedienung ist fortan die zentrale Aufgabe des Staates. Sie soll «nachhaltig» gesichert werden. «Griechenland zu retten» bedeutet also lediglich, die Ansprüche der Gläubiger an das Land zu retten. Dem Land selbst wird dabei nichts erspart, wie man an den Forderungen nach weiteren sozialen Einschnitten sieht.

Der Befund «Die griechische Krise bereinigt nicht, sie zerstört»⁶³ legt noch eine weitere Interpretation nahe: Am Beispiel Athens wird ein Exempel statuiert. Wer innerhalb der Euro-Zone die Hilfe der anderen Staaten braucht, der erhält sie nur, wenn er sich bereit erklärt, alles dem Spardiktat der Geldgeber unterzuordnen und notfalls auch große Teile seiner Wirtschaft zu opfern. Dieses abschreckende Beispiel soll andere Länder zur Sparsamkeit anhalten. Gleichzeitig dient es als Signal an die Finanzmärkte: Wir, die Vertreter der Euro-Zone, tun alles, um euer Vertrauen wiederzuerlangen. Mit dem Schuldenschnitt «hat die EU ihre Handlungsfähigkeit auch mit Blick auf die internationalen Finanzmärkte deutlich untermauert», lobte demnach auch der Bundesverband der deutschen Banken.⁶⁴

Die deutschen Gläubiger ihrerseits kommen ohne großen Schaden aus der Sache. Ihr Verlust ist gering. Denn erstens hatten sie ihre Griechenland-Kredite zuvor schon weitgehend abgeschrieben. Zweitens: Ohne Schuldenschnitt hätte ein Komplettausfall der Anleihen gedroht – der ist nun abgewendet, die Bedienung der Restschuld ist garantiert. Und drittens verpflichteten sich die EU-Staaten, mit ihrem Geld die Schulden der anderen Euro-Staaten wie Portugal, Irland, Spanien, Italien – und damit für die Ansprüche der Kreditgeber an diese Länder – zu garantieren (siehe hierzu den nächsten Punkt). Kein Zufall: Am Tag nach der Verkündung des Schuldenerlasses Ende Oktober 2011 stieg die Aktie der Commerzbank um 15 Prozent, die Aktie der Deutschen Bank um 12 Prozent.

⁶³ WestLB Mellon, 17.2.2012. ⁶⁴ dpa, 21.2.2012.

ZWEITER SCHRITT: EFSF UND ESM – DIE BRANDMAUER UM DIE EURO-KRISENSTAATEN

Beschluss: Der Euro-Rettungsschirm EFSF wurde vergrößert.⁶⁵ Konnte er bei seiner Gründung 2010 noch 250 Milliarden Euro ausleihen, so wurde dieser Betrag im Oktober 2011 auf 440 Milliarden Euro erhöht. Dies sollte das Vertrauen der Finanzmärkte in die Euro-Zone stärken. Denn mit dem EFSF können Länder finanziert werden, die das Vertrauen der Märkte verlieren und daher von ihnen keine Kredite zu bezahlbaren Zinsen mehr bekommen. Der EFSF und ab Mitte 2012 der ESM garantieren den Kreditgebern also die Bedienung ihrer Forderungen an Staaten der Euro-Zone.

Bald wurde jedoch deutlich: Auch der vergrößerte Rettungsschirm ist nicht groß genug, um im Notfall Länder wie Spanien und Italien auf längere Zeit zu finanzieren.⁶⁶ Der EFSF konnte damit seine Funktion als Anlegerversicherung nicht erfüllen. Die EU beschloss daher, sein Ausleihvolumen weiter aufzustocken. Dafür stellten die Euro-Staaten jedoch nicht mehr Geld bereit. Stattdessen öffneten sie den EFSF quasi für Beteiligungen von anderen Ländern wie China und von privaten Investoren. So sollte das effektive Ausleihvolumen auf eine Billion Euro «hochgehebelt» werden.⁶⁷ Zudem wurde beschlossen, den Start des EFSF-Nachfolgers ESM um ein Jahr auf Mitte 2012 vorzuziehen. Erreicht werden sollte damit die von Schäuble genannte «effiziente Nutzung des temporären Rettungsschirms, um Ansteckungseffekte im Keim ersticken zu können».

Einordnung: Trotz «Hebelung» gelten EFSF und auch ESM als zu klein, um bei einer Ausweitung der Krise große Euro-Staaten auffangen zu können. Daher erreichen sie ihr Ziel nicht: dem Finanzmarkt die Sicherheit zu geben, dass Euro-Staaten stets zahlungsfähig bleiben, auch wenn genau dieser Finanzmarkt gegen sie spekuliert und neue Kredite verweigert.

⁶⁵ Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ist eine Gesellschaft nach Luxemburger Recht. Hinter ihr stehen als Bürgen die Euro-Staaten. Dank dieser Bürgschaft kann sich der EFSF an den Finanzmärkten zu niedrigen Zinsen Geld leihen. Dieses Geld leiht er gegen Zinsaufschlag weiter an gefährdete Euro-Staaten. Ab Mitte 2012 soll der dauerhafte Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) einsatzbereit sein. In den ESM zahlen die Mitgliedstaaten 80 Milliarden Euro als Grundkapital ein, sie stehen dem ESM unmittelbar zur Verfügung. Dazu kommen 420 Milliarden Euro an Kreditgarantien der Staaten. ⁶⁶ Dafür wäre nach Berechnungen der Finanzagentur Bloomberg eine Summe von 3 Billionen Euro nötig gewesen, vgl. online unter: <http://www.bloomberg.com/news/2011-10-17/europe-s-last-stand-in-financial-crisis-needs-overwhelming-firepower-view.html>. ⁶⁷ Wie das geht: BHF-Bank: Die gehebelte EFSF – großartig oder kleinkariert? Wirtschaftsdienst 27.10.2011.

Gleichzeitig aber weigern sich einige Euro-Länder, wie Deutschland, dem Euro-Rettungsschirm mehr Geld zuzuweisen. Dies sei zu teuer.

Bemerkbar macht sich hier ein Widerspruch der Euro-Rettung. Um sich diesen Widerspruch zu verdeutlichen, muss man an den Anfang zurückgehen: Was ist eigentlich das Problem der Euro-Länder? Es heißt, sie hätten zu hohe Schulden. Das kann man so formulieren: Die Finanzmärkte haben an die Staaten zu viel Geld verliehen. Die rund 9 Billionen Euro Staatsschulden Europas liegen als Wertpapiere und Forderungen bei den Gläubigern. Sie sind Zahlungsansprüche. Sie sind ein großer Teil des globalen Finanzvermögens. Durch die Krise ist unklar, ob die Anleihen überhaupt bedient werden können, ob die Anleger das viele Geld überhaupt je wiedersehen werden. Damit ist dieser Billionen-Reichtum gefährdet.

«Zu viele Staatsschulden» bedeutet also: zu viele Ansprüche auf Zahlung bei den Gläubigern. Kurz: Es gibt zu viel Finanzkapital in Form von Euro-Staatsschulden auf der Welt. Eine Entwertung dieser Vermögen soll nun unbedingt verhindert werden. Daher geben die Euro-Staaten finanzielle Garantien.

Der Widerspruch: Genau jene Länder, die bereits nach Auffassung der Finanzmärkte zu viel Kredit genommen haben, wollen mit neuen Krediten den Wert der alten garantieren. Diesen Widerspruch bekommen die Euro-Retter zu spüren: Immer wenn sie den Euro-Rettungsschirm vergrößern wollen, müssen sie sich fragen lassen, ob sie sich das überhaupt leisten können. So stufte die Rating-Agentur Standard & Poor's Anfang 2012 die Kreditwürdigkeit Italiens herab – vor allem wegen der möglichen Lasten aus kommenden Rettungsaktionen für andere Euro-Länder. Dieser Widerspruch wiederum macht den Euro-Rettungsschirm selbst unglaubwürdig. Es gelang der europäischen Politik daher nicht, zusätzliche Geldgeber zu finden, mit deren Hilfe der EFSF hätte weiter «hochgehebelt» werden können. Aus diesem Grund soll der Rettungsschirm nun doch vergrößert werden: indem die Staaten dem IWF mehr Geld zur Krisenbekämpfung geben; indem übriggebliebene Mittel des EFSF (250 Milliarden Euro) übertragen werden auf den neuen Euro-Rettungsschirm ESM (500 Milliarden Euro), der ab Juli 2012 den EFSF ersetzen soll, oder indem ESM und EFSF zeitweise parallel zueinander existieren.

Der Euro-Rettungsschirm löst also nicht das Glaubwürdigkeits- und Schuldenproblem der Euro-Zone, sondern erweitert es. Daher haben die Staaten in einem dritten Schritt weitreichende Maßnahmen beschlossen:

DRITTER SCHRITT: DAUERHAFTE STABILITÄT DURCH SCHULDENBREMSE UND LOHNSENKUNG

Um die Finanzmärkte dauerhaft zu beruhigen, soll es nun in der Euro-Zone «ein klares Bekenntnis potenziell von Finanzierungsproblemen gefährdeter Staaten» geben, «dass sie die notwendigen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreifen» werden (Schäuble). Das «potenziell» in diesem Zitat ist bedeutsam. Denn «potenziell» von Finanzierungsproblemen betroffen sind letztlich alle Staaten der Euro-Zone. Kein Land kann sich daher den geforderten Maßnahmen entziehen.

3. DIE «FINANZPOLITISCHEN MASSNAHMEN»: GESETZE ZUM SPAREN

Beschlüsse: Die meisten EU-Staaten haben sich mit der Zustimmung zum Fiskalpakt quasi verboten, künftig in größerem Umfang Schulden aufzunehmen. Wer den Fiskalpakt ablehnt, erhält keine Kredite aus dem Euro-Rettungsschirm.

Erstes Gesetz: eine «Schuldenbremse». Nach deutschem Vorbild soll zukünftig in die nationalen Verfassungen aller Länder der Euro-Zone das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts aufgenommen werden. Das sogenannte strukturelle – also das langfristige, durchschnittliche, um Konjunkturschwankungen bereinigte – Haushaltsdefizit darf ab 2014 nicht über 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung liegen. Angestrebt wird sogar ein Haushaltsüberschuss, sprich: Die Staaten sollen sich gar nicht mehr verschulden. Im Falle von Verstößen gegen diese Vorgabe soll ein automatischer Korrekturmechanismus greifen, bei dem der «Schuldensünder» der EU-Kommission seine Pläne zur Besserung vorlegen muss. Setzt ein Land die «Schuldenbremse» nicht um, kann es vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden.

Zweites Gesetz: ein verschärfter Euro-Stabilitätspakt. Liegt in einem Jahr das aktuelle (nicht das strukturelle) Haushaltsdefizit eines EU-Landes über 3 Prozent der Wirtschaftsleistung, soll dies in Zukunft automatisch Konsequenzen nach sich ziehen, zum Beispiel Strafzahlungen.

Einordnung: Bei der «Schuldenbremse» gibt es allerdings ein technisches Problem: Wie hoch ist das strukturelle Defizit überhaupt? Welcher Teil eines Defizits ist der Konjunktur geschuldet und welcher nicht? Das lässt sich nicht sauber kalkulieren. Das Institut IMK zeigt in einer Untersuchung nicht weniger als 70 unterschiedliche Varianten auf, ein strukturelles Defizit zu berechnen.⁶⁸ Hier gibt es also viel Raum für Manipulationen.

Das eigentliche Problem von festen Vorgaben für Haushaltsdefizite eines Staates aber liegt im Maßstab. Denn anders als ihre Ausgaben hat eine Regierung ihr Defizit nicht unter Kontrolle. Beispiel Griechenland: Zwischen 2009 und 2011 kürzte der griechische Staat seine Ausgaben⁶⁹ um rund 17 Prozent (auf Deutschland übertragen, wären das rund 180 Milliarden Euro gewesen). Zudem wurden die Steuern erhöht. Dennoch konnte das Defizit im Jahr 2011 nicht gesenkt werden. Der Grund hierfür: Das Sparprogramm ließ Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen einbrechen. Damit wuchs das Haushaltsdefizit (also die Neuverschuldung in Prozent der Wirtschaftsleistung) immer weiter. Künftig muss ein derartiger «Defizitsünder» nun auch noch Strafen zahlen, was seine Finanzsituation sicherlich nicht verbessern dürfte.

Die aufgestellten Defizitregeln werden also nicht funktionieren. Dennoch hat die Bundesregierung auf der Einführung von «Schuldenbremsen» und verschärften Sparanforderungen bestanden. Denn diese Bremsen sind ein politisches Bekenntnis zu «stabilen» Staatsfinanzen. Mit diesem Bekenntnis sollen Euro-Staatsanleihen zu unhinterfragbar vertrauenswürdigen Finanzanlagen gemacht werden. Zudem erhält die Stabilität von Euro-Staatsschulden – also die Stabilität der Vermögen der Finanzanleger, die diese Anleihen halten – Verfassungsrang und damit auch die Aufgabe, das «Vertrauen» der Anleger zu bewahren. Deshalb kann in Zukunft auch jede Kürzung von Sozialleistungen mit Verweis auf die Verfassung begründet werden. So wird etwaiger Protest mundtot gemacht. Die Begrenzung der Staatsausgaben ist das eine. Doch weiß die Politik auch: Ohne entsprechendes Wirtschaftswachstum gibt es keine Stabilität der Staatsschulden. Wo aber soll das erforderliche Wachstum herkommen? Die Politik setzt hier ganz auf Maßnahmen zur Erhöhung der internationalen «Wettbewerbsfähigkeit».

⁶⁸ IMK Working Paper, Nr. 88, Januar 2012, online unter: http://www.boeckler.de/imk_5279.htm?produkt=HBS-005162&chunk=1&jahr=. ⁶⁹ Nicht einberechnet sind hier die Ausgaben für Zinsen, die die griechische Regierung nicht beeinflussen kann.

4. DIE «WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN MASSNAHMEN»: GESETZE ZUR LOHNSENKUNG

Beschlüsse: Im Zuge der «makroökonomischen Überwachung» und des «Europäischen Semesters» prüft die EU-Kommission jedes Jahr die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte der Mitgliedsstaaten – vor allem die Außenhandelsdefizite, also ob Länder mehr importieren, als sie exportieren. Bei großen Außenhandelsdefiziten macht die Kommission Vorschläge für Reformen, die umzusetzen sind.⁷⁰ Andernfalls wird ein Verfahren wegen übermäßigen Ungleichgewichtes eingeleitet.⁷¹ Bewertet werden in dem Überwachungsverfahren zum Beispiel die Arbeitsmärkte, die Exportanteile, die Entwicklung der Produktivität, die Wachstumsaussichten und die Profitabilität der nationalen Unternehmen. Ziel ist es, durch verstärkte Kontrollen und Reformen Europas internationale «Wettbewerbsfähigkeit» zu stärken.

Einige «Krisenstaaten», insbesondere in Südeuropa, haben unter dem Druck der Finanzmärkte bereits damit begonnen, ihre Wirtschaften umzubauen. Die beschlossenen und angekündigten Reformen orientieren sich an der «Agenda 2010» der rot-grünen Bundesregierung und beinhalten vor allem eins: die Senkung der Lohnstückkosten, also der Lohnkosten pro produzierter Einheit. «Deutsche Reformfolge sind die Blaupause für Europa», so Unicredit-Volkswirt Andreas Rees.⁷² Zentrales Anliegen der Regierungen wie auch der Finanzmärkte ist dabei die Schwächung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften.

Beispiel Griechenland: Kollektive Lohnverhandlungen verlieren an Verbindlichkeit. Künftig sollen Tarife auf Unternehmensebene ausgehandelt werden. Das macht die Beschäftigten erpressbar. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, des gesenkten Mindestlohns und der gekürzten Arbeitslosenunterstützung «sind massive Lohnsenkungen zu erwarten».⁷³ Die Erhöhung des Rentenalters spart dem Staat nicht nur Pensionszahlungen, sondern lässt auch die Zahl der Bewerber auf dem Arbeitsmarkt steigen. Dies facht die Konkurrenz der Lohnabhängigen um Arbeitsplätze weiter an.

⁷⁰ Im umgekehrten Fall – wenn ein Land Exportüberschüsse verzeichnet – bleibt es ungeschoren (siehe Punkt 9). So auch Deutschland, vgl. online unter: <http://www.ftd.de/politik/europa/wirtschaftliche-ungleichgewichte-bruessel-vertuscht-deutsche-suenden/60168919.html>. ⁷¹ Deutsche Bank, Aktueller Kommentar, 17.2.2012. ⁷² Frankfurter Rundschau, 17.11.2011. ⁷³ Société Générale, The Economic News, 7.2.2012.

Beispiel Spanien: Mit der Reform vom Februar 2012 steht in Spanien eine «Revolution am Arbeitsmarkt»⁷⁴ an. Abfindungszahlungen für Entlassene sollen sinken und mit einer Obergrenze versehen werden. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten – also aktuell – und bei Umstrukturierungen können Unternehmen zukünftig ohne Zustimmung der Gewerkschaften die Löhne senken und die Arbeitszeiten verändern. In kleinen und mittleren Unternehmen – die den Großteil der spanischen Wirtschaft ausmachen – wird demnächst ein neuer Arbeitsvertrag eingeführt, der für alle Neuestellten eine Probezeit von einem Jahr vorsieht. Das Rentenalter ist hochgesetzt worden. Die geplante Erhöhung des Mindestlohns wird ausfallen.

Beispiel Italien: Unternehmen wird erlaubt, weniger Lohn zu zahlen, als der Tarifvertrag vorsieht. Kleine Betriebe müssen zukünftig weniger Sozialabgaben zahlen. Vorgesehen ist außerdem eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Lohnverhandlungen sollen stärker auf Unternehmensebene verlagert werden, um die Lohnentwicklung zu bremsen. Das Rentenalter wird angehoben. All dies dient dazu, den «italienischen Unternehmen das Wirtschaften zu erleichtern und mehr ausländische Investoren anzulocken».⁷⁵

Beispiel Portugal: «Die Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst dürften die Löhne im Privatsektor bremsen»,⁷⁶ was auch für andere Länder gilt. Vier Feiertage und drei Urlaubstage werden entfallen. Entlassungen sollen vereinfacht werden. Abfindungszahlungen sollen sinken. Unternehmen dürfen von Tarifverträgen abweichen und weniger Lohn zahlen. Durch niedrigere Überstundenzuschläge und flexiblere Arbeitszeitregelungen soll der Einsatz von Arbeitskräften flexibilisiert und dadurch verbilligt werden.

Beispiel Frankreich: Frankreich ist aktuell zwar nicht in der Krise. Doch auch hier stehen Arbeitsmarktreformen an. Denn «Frankreich hat international Marktanteile an andere Länder verloren, während Deutschland seine Marktstellung ausbauen konnte».⁷⁷ Gefordert wird eine Lockerung des Kündigungsschutzes, eine Senkung des Mindestlohns und eine Aufweichung der Tarifverträge, die derzeit noch 90 Prozent der Arbeitnehmer schützen. Die Unternehmen hingegen sollen weniger Sozialabgaben zahlen müssen.

⁷⁴ Commerzbank, Economics aktuell, 13.2.2012. ⁷⁵ Commerzbank, Economic Insight, 23.1.2012. ⁷⁶ Commerzbank, Woche im Fokus, 17.2.2012. ⁷⁷ Commerzbank, Woche im Fokus, 10.2.2012.

Einordnung: Durch diese Maßnahmen soll die Produktion rentabler und der Export gesteigert werden. Das Ziel ist simpel: eine Erhöhung der Gewinnspannen der Unternehmen,⁷⁸ die gleichzeitig durch Steuernachlässe unterstützt werden. Einnahmeausfälle kompensieren alle Staaten über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – also über eine Verteuerung des Konsums der privaten Haushalte. Die relative Verarmung der Menschen ist für die Politik damit nicht länger ein vorgefundener Fakt, sondern ein Zustand, der erst herzustellen ist.

Es handelt sich um einen breit angelegten Angriff auf Arbeitnehmerrechte – Rechte, die früher einmal hart erkämpft werden mussten und nicht so bald wiederkehren werden. Denn die «Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit» ist erstens auf Dauer angelegt. Zweitens: Wettbewerbsfähigkeit ist eine Relation. Lohnsenkungen in einem Land erhöhen seine Wettbewerbsfähigkeit – und mindern die Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder, die mit neuen «Reformen» nachziehen müssen, um ihre Position zu halten. Es ist ein Wettlauf nach unten.⁷⁹ Und der ist gewollt: «Wenn sich die Euro-Länder bei ihrer Wettbewerbsfähigkeit irgendwo beim Mittelwert treffen, wird Europa in der Welt nicht bestehen», so Bundeskanzlerin Merkel.⁸⁰

⁷⁸ Natixis, Flash Economics, 31.1.2012. Die Bank rechnete dankenswerter Weise gleich aus, um wie viel die Lohnstückkosten sinken müssten, damit ein Land mit Deutschland konkurrieren kann. Das Ergebnis: in Italien minus 50 Prozent, in Frankreich minus 30 Prozent. ⁷⁹ «Heute werden die Griechen verarmt, morgen seid ihr dran!» (Plakat in Berlin-Kreuzberg). ⁸⁰ Zitiert nach Spiegel-online, 25.1.2012.

FAZIT: WEN DIE «EURO-RETTUNG» RETTET

So sieht sie also aus, die «Rettung» der Euro-Zone und damit des Euro vor dem Misstrauen der Finanzmärkte: Für Länder wie Griechenland und Portugal wird die Bedienung der Schulden zur obersten Staatsaufgabe. Sie müssen sparen und große Teile ihrer Bevölkerung verarmen, im Dienste der Kreditwürdigkeit Europas.

Bei den anderen Staaten soll Finanzstabilität als quasi automatisches Ergebnis von strikten Haushaltsregeln entstehen, nach dem Motto: Die Regierungen müssen nur sparen wollen, dann geht das schon. Die Haushaltsregeln sollen garantieren, dass Euro-Staatsschulden künftig das Vertrauen der Finanzmärkte genießen, dass sie also erstklassige Geldanlagen sind, die die Rendite der Finanzanleger sichern.

Die vorgeschriebenen Sparorgien belasten zwangsläufig die inländische Nachfrage. Als Ausgleich sollen Europas Staaten ganz auf den Export setzen, den sie wiederum mit «wachstumsförderlichen» Reformen unterstützen müssen: mit der Aufweichung des Kündigungsschutzes, der Erhöhung des Rentenalters, der Senkung des Mindestlohns und der Schwächung der Tarifautonomie und der Gewerkschaften – alles im Dienste sinkender Lohnstückkosten und der Kreditwürdigkeit Europas.⁸¹ Der deutsche Industrieverband findet das gut: «Jetzt muss es darum gehen, über Wettbewerbsfähigkeit und private Investitionen wieder zu Wachstum zu gelangen», so der BDI.

«Wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt», heißt es immer wieder. Die Maßnahmen zur «Rettung des Euro» machen klar, wer nun sparen muss: Rentner, Kranke und Arbeitslose. Die Arbeitskraft muss grundsätzlich billiger werden. Unternehmen dagegen sollen mehr verdienen, und der Staat soll mehr einnehmen, um kreditwürdig zu bleiben. Denn die Regierungen brauchen immer mehr Kredite, um die Bedienung ihrer alten Schulden zu sichern, und das bedeutet, die Finanzvermögen der Anleger zu sichern. So nimmt die EU 2010 ihr Offensiv-Programm wieder auf: Europa bis zum Jahr 2020 zur «wettbewerbsfähigsten Region der Welt» zu machen.

⁸¹ «Über Reformen am Arbeitsmarkt und Abbau der Bürokratie wird Europa seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern», so warb Kanzlerin Merkel im Februar 2012 für eine Beteiligung Chinas am Euro-Rettungsschirm EFSF (Focus-online, 2.2.2012).

Auf diese Weise soll die Stabilität der Euro-Staatsschulden für das Finanzkapital garantiert werden. Dass die Finanzvermögen sich verwerthen, dafür haften die Arbeitnehmer per Lohnsenkung und steigender Produktivität – also über ihre relative Verarmung. Beschwerden sollen sich die Opfer der «Euro-Rettung» dann bei den «faulen Griechen» und den «verschwenderischen Italienern». Man kann es auch so ausdrücken: Eine Entwertung des Finanzkapitals wird verhindert durch eine Entwertung der Arbeitskraft. Dass damit «unser Euro» gerettet werden soll, zeigt: Der Euro ist der allgemeine Reichtum in Europa. Aber eben kein gemeinsamer.

LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

2
2012

STATE OF THE LEFT – LINKE STRATEGIEN IN EUROPA

Das neoliberale Europa ist in der Krise, die deutsche Regierung führt die Politik von Kürzung, Lohnsenkung und Entdemokratisierung von einer Runde in die nächste. Dennoch scheinen die Linken nur wenig gestärkt von der Situation. Welche gemeinsamen Strategien der internationalen Solidarität, der Sicherung von Standards, der Perspektiven für ein offenes, soziales Europa können entwickelt werden?

MIT BEITRÄGEN VON Thomas Händel, Heinz Bierbaum, Christophe Agui-ton, Bob Jessop, Maria Frangakis, Eric Toussaint, Tasos Koronakis, Asbjörn Wahl, Hilary Wainwright u. a.

JUNI 2012, 160 Seiten, 10 Euro, Jahres-Abo 30 Euro, ermäßigt 20 Euro
Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint vierteljährlich. Weitere Infos und Bestellung unter www.zeitschrift-luxemburg.de

IST DIE GANZE WELT BALD PLEITE?

Hörbuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung
zur Schuldenkrise
Vertonung der Bildungsbroschüren
aus der Reihe **luxemburg argumente**

«Verkauft doch eure Inseln,
ihr Pleite-Griechen!»

Beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise
www.rosalux.de/publication/37617

Ist die ganze Welt bald pleite?

Staatsverschuldung:

Was sie ist und wie sie funktioniert
www.rosalux.de/publication/37900



JOURNAL «ROSALUX»

**Februar 2012
EUROPA ALS BEUTE**

RosaLux 1/2012 zum
Thema «Politik in der
Schuldenkrise».

Mit Beiträgen von
Sahra Wagenknecht,
Elmar Altvater,
Margarita Tsomou,
Lutz Brangsch
und anderen.



Die Angst vor dem Bankrott geht um – vor dem Staatsbankrott. «Geht die ganze Welt bald pleite?», fragt die BILD-Zeitung (13.6.2011) in Riesenlettern, und der SPIEGEL titelt «Geht die Welt bankrott?» Grund: Den Industrieländern sind ihre Schulden über den Kopf gewachsen. Mit Griechenland fiel Anfang 2010 der erste Dominostein. Dann folgten weitere. Die Euro-Zone droht unter ihren Schulden auseinanderzubrechen. Auch eine Zahlungsunfähigkeit der USA scheint nicht mehr unmöglich: «Wir sind pleite», sagte im Juli 2011 US-Senator John Boehner.

Die vorliegende Doppel-CD geht im **ersten Teil** der Frage nach, was die Pleite Griechenlands verursacht hat – und was nicht. Lag es wirklich an den verschwenderischen und faulen Griechen? Oder wurde Athen ein Opfer der Spekulanten?

Der **zweite Teil** beantwortet allgemeinere Fragen: Warum treffen staatliche Sparprogramme immer vor allem die Armen? Wo kommen überhaupt die ganzen Schulden her, und wozu dienen sie? Wer profitiert von staatlichen Krediten? Dabei wird deutlich: Schuldenfragen sind immer Verteilungsfragen. Einige müssen zahlen, andere dürfen verdienen.

BILDUNGSBROSCHÜRE ZU GRIECHENLAND UND EURO-KRISE

luxemburg argumente Nr. 2; Berlin, März 2012

ISSN 2193-5831

AUTOR

Stephan Kaufmann

KONTAKT

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Sabine Nuss, Tel. 030 44310-448, nuss@rosalux.de

Antonella Muzzupappa, Tel. 030 44310-421, muzzupappa@rosalux.de

LAYOUT UND DRUCK

MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

®EVOLUTION
NOW!



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

